

mit Christoph Blocher sprach Dennis Bühler

Er ist noch immer der grosse Mann der Schweizerischen Volkspartei, der sagt, was gilt. Christoph Blocher, der 75-jährige ehemalige Parteichef und heutige Strategieverantwortliche der SVP, nimmt noch immer an fast jeder Fraktionssitzung teil. Mit dem gestern präsentierten Vorschlag des Bundesrats zur Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative ist er überhaupt nicht zufrieden. Zwei Jahre habe die Regierung seit der Annahme der Initiative am 9. Februar 2014 «verplempert», kritisiert er. Und jetzt präsentiere sie eine inhaltsleere, unausgelegene Vorlage.

Herr Blocher, Bundespräsident Johann Schneider-Ammann hat das Zusammenspiel mit der EU mit dem Brettspiel Eile mit Weile verglichen. Verstehen Sie die Spielstrategie der Regierung?

CHRISTOPH BLOCHER: Der Bundespräsident sollte berücksichtigen, was das Stimmvolk am 9. Februar 2014 entschieden hat, statt Eile mit Weile zu spielen. Der Auftritt von Simonetta Sommaruga und Johann Schneider-Ammann an der Pressekonferenz legt den Verdacht nahe, dass der Bundesrat am Gängelband der EU ist. Würde er den Auftrag ernst nehmen, den ihm die Stimmbewölkerung vor gut zwei Jahren erteilt hat, hätte er auf keinen Fall die Ausweitung der Personenfreizügigkeit auf Kroatien heute beschliessen dürfen. Damit gibt er auf fahrlässige Art und Weise ein wichtiges Verhandlungspfund aus der Hand.

Die Schweiz war unter Zeitdruck, weil die EU die Kroatien-Frage politisch mit der Forschungszusammenarbeit Horizon 2020 verknüpft hat.

Die EU hat die Schweiz mit Horizon 2020 erpresst, der Bundesrat ist darauf hereingefallen. Dieses Abkommen ist für die Schweiz nicht derart wichtig, dass wir uns über den Tisch ziehen lassen sollten.

Um die Masseneinwanderungsinitiative umzusetzen, setzt der Bundesrat auf eine einseitige Schutzklausel, wobei er allerdings nach wie vor eine einvernehmliche Lösung mit der EU anstrebt. Eine erfolgsversprechende Strategie?

Eine einseitige Schutzklausel ist zu begrüessen, nur sagt der Bundesrat mit keinem Wort, wie die Schutzklausel ausgestaltet werden soll. Statt die Zuwanderung mittels Kontingentierung und Inländervorrang konsequent zu senken, wie es der Verfassungsartikel



Wütend: SVP-Strategiechef Christoph Blocher misstraut dem Bundesrat. Bild: Walter Bieri/Keystone

«Die SVP kauft nicht die Katze im Sack»

Der Bundesrat lasse sich von der EU erpressen, kritisiert Christoph Blocher. Der SVP-Patron droht mit einer Initiative zur Kündigung der Personenfreizügigkeit.

121a verlangt, setzt er uns eine inhaltsleere Vorlage vor. Doch die SVP kauft bestimmt nicht die Katze im Sack.

Tatsächlich ist unklar, wie hoch der Schwellenwert angesetzt würde, der überschritten sein müsste, damit der Bundesrat Höchstzahlen für die Zuwanderung festlegt.

Schon Schwellenwerte widersprechen der Verfassung. Zudem ist zu befürchten, dass der Bundesrat diesen Schwellenwert aus Rücksicht auf die EU so hoch ansetzen würde, dass die Schutzklausel gar nie aktiviert werden muss. Der Bundesrat muss endlich erkennen: Wir sind weder Mitglied der EU noch wollen wir dies werden. Leider ist er auch bereit, ein Rahmenabkommen mit institutionellen Bindungen abzu-

schliessen und sich fremden Richtern zu unterwerfen. Dies führt in die EU. Aussenminister Didier Burkhalter, der ein grosser EU-Fan ist, macht den Bundesrat in dieser Frage nach wie vor zu einer Mitte-links-Regierung. Da nützt

«Aussenminister Burkhalter, der grosse EU-Fan, macht den Bundesrat nach wie vor zu einer Mitte-links-Regierung.»

es wenig, dass die SVP seit Anfang Jahr endlich wieder mit zwei Bundesräten vertreten ist.

Lancieren Sie jetzt eine Durchsetzungsinitiative, um der Masseneinwanderungsinitiative noch zum Durchbruch zu verhelfen?

Es bleibt uns nichts anderes übrig, wenn sich Bundesrat und Parlament weigern, die Masseneinwanderungsinitiative inklusive Kontingentierung und Inländervorrang umzusetzen. Für diesen Fall hat die SVP schon vor einem Jahr eine Volksinitiative zur Kündigung des Personenfreizügigkeitsabkommens angekündigt.

Dies würde der Schweizer Wirtschaft allerdings massiv schaden.

Denn wegen der Guillotine-Klausel fallen die ganzen Bilateralen I, wenn die Schweiz die Personenfreizügigkeit aufkündigt.

Schon wieder eine Erpressung. Nur: Die EU wird die bilateralen Verträge nie und nimmer aufkünden. Ihre Mitgliedsstaaten nämlich haben an den Verträgen ein grösseres Interesse als die Schweiz. Man sollte nicht vergessen: Die EU-Staaten führen mehr Güter in die Schweiz ein, als wir in die EU exportieren. Und wenn beispielsweise das Transitabkommen fiele und Lastwagen aus der EU keine Waren mehr durch die Schweizer Alpen transportieren dürften, hätte Brüssel ein riesiges Problem. Die Guillotine-Klausel ist nichts mehr als eine leere Drohung der EU.

Sie reden den Wert der Bilateralen klein. Einer noch unveröffentlichten Studie von Economiesuisse zufolge beträgt dieser 4400 Franken pro Kopf.

Ich bin nicht gegen die Bilateralen, aber sie sind nicht überlebenswichtig. Wir müssen uns damit nicht erpressen lassen. Dieses Vertragswerk wird enorm überschätzt. Zur von Ihnen zitierten Studie brauche ich nicht viele Worte zu verlieren: Sie beinhaltet diverse systematische Fehler und blendet Dutzende entscheidende Faktoren aus. Sie ist – wie so viele Studien – politisch motiviert.

Gewähr, mit einer Durchsetzungsinitiative oder einer Initiative zur Kündigung der Personenfreizügigkeit zum Erfolg zu kommen, haben Sie nicht. Von den letzten zehn Volksinitiativen hat die SVP nur deren zwei gewonnen – die Ausschaffungsinitiative vor sechs und die Masseneinwanderungsinitiative vor zwei Jahren.

Ich bin nicht sicher, ob wir eine solche Schlacht um unser Verhältnis zu Europa gewinnen würden. Aber ich bin überzeugt, dass eine Mehrheit des Volkes genug hat von der masslosen Zuwanderung. Ihr endlich Einhalt zu gebieten, ist die dringliche Aufgabe des Bundesrates. Erst recht, weil sich die Wirtschaftssituation in den letzten Monaten massiv verschlechtert hat.

Am letzten Sonntag hat die SVP bei der Durchsetzungsinitiative an der Urne eine herbe Niederlage erlitten. Das könnte Ihnen auch bei der grossen EU-Abstimmung blühen.

Nochmals: Es ist stets ungewiss. Aber ich bin zuversichtlich. Mit der verlorenen Abstimmung über die Durchsetzungsinitiative besteht keinerlei Zusammenhang. Bei der Frage über unser Verhältnis zur EU werden die Karten neu gemischt.

SVP droht schon mit der nächsten Initiative

Der Schutzklausel-Vorschlag des Bundesrats stösst links wie rechts auf breite Kritik. Wie geht es jetzt weiter?

von Sven Altermatt

In Bern war der Himmel gestern grau. Das passte zur Katerstimmung besonders bei Politikern der Polparteien. Die SVP sprach von einer «Katze im Sack», die Grünen und die SP sahen das Land mehr denn je «auf dem Weg in die Sackgasse». Dabei war seit Wochen absehbar gewesen, was der Bundesrat präsentieren würde. Doch nun hatten es alle schwarz auf weiss. Die Landesregierung will die SVP-Masseneinwanderungsinitiative wie geplant mit einer einseitigen Schutzklausel umsetzen. Eine einvernehmliche Lösung mit der EU gibt es vorerst nicht. Der Bundesrat greift auf seinen Plan B zurück.

Wie geht es weiter? Zuerst werden beide Parlamentskammern die Vorschläge in den kommenden Monaten beraten. Doch die EU hat ihre eigenen

Probleme, vor allem der drohende Austritt der Briten. Die Schweiz darf also kaum mit Zugeständnissen rechnen, bevor die britische «Brexite»-Abstimmung am 23. Juni stattgefunden hat.

Europapolitischer Wirrwarr

Unabhängig davon droht die SVP bereits mit einer Initiative zur Kündigung der Personenfreizügigkeit, falls die Umsetzung der Masseinwanderungsinitiative verhindert wird. Aus ihrer Sicht gibt es weiterhin «keine klaren Vorstellungen», wie die Zuwanderung mit einer Schutzklausel gesenkt werden solle. «Es kann nicht sein, dass wir uns von der EU eine Lösung diktieren lassen», so Parteichef Toni Brunner. Unverständlich ist für die SVP zudem, dass der Bundesrat darauf verzichtet, die Schutzklausel mit harten Zahlen zu untermauern.

Die Schweiz steckt weiter im europapolitischen Wirrwarr. Für alle Parteien ausser der SVP ist klar: Bis zur «Brexite»-Abstimmung macht es wenig Sinn, über die Vorschläge des Bundesrats zu beraten. Dennoch ist der Widerstand gegen die Schutzklausel schon gross. Laut SP-Fraktionschef Roger Nordmann stehen damit «die gesamten bilateralen Beziehungen und damit der Wohlstand der Schweiz auf dem Spiel». Die Zuwanderung müsse mit innenpolitischen Reformen abgedeckt werden. Ähnlich sehen es Grüne und GLP.

Zufrieden mit dem Plan des Bundesrats ist die CVP, die darin «die einzige Option» sieht. Eine «korrekt ausgestaltete Schutzklausel» hält die Partei für konform mit dem Freizügigkeitsabkommen; auch werde der Volkswille umgesetzt. Darauf verwies auch die BDP. Lob gab es erwartungsgemäss von

den Wirtschaftsverbänden, die seit Monaten für eine Schutzklausel plädieren.

Eher verhalten reagierte die FDP: Sie stellte sich hinter die Schutzklausel, will parallel aber über Alternativen diskutieren. FDP-Chef Philipp Müller kritisierte den Bundesrat gegenüber der «Südostschweiz» scharf. «Der heutige Bundesratsauftritt war eine reine Show, ein schlechter Scherz.» Die Regierung hätte «die heisse Kartoffel» schon vor einem Jahr ans Parlament weitergeben können. Nun fehle es an Zeit, um Lösungen zu erarbeiten.

Warten auf «Brexite»-Entscheid

Nach dem gestrigen Tag ist alles andere als sicher, ob das Parlament überhaupt auf den Umsetzungsvorschlag eintreten wird. Die Linken befürchten einen Affront gegenüber der EU, die Rechten sehen den Volkswillen miss-

achtet. Entscheidend wird sein, wie geschlossen sich die bürgerlichen Mitteparteien positionieren. Der Bundesrat immerhin hat sich ein wenig Luft verschafft, weil nun das Parlament in der Verantwortung steht.

Fest steht allerdings weiterhin, dass sich die EU kaum auf eine Schutzklausel einlassen wird. Selbst Grossbritannien wollte sie keine fixen Quoten für Zuwanderer gewähren. Entscheiden sich die Briten gegen den Austritt aus der Union, bekommen sie nur ein paar Massnahmen gegen die «Einwanderung in den Sozialstaat». Und auch diese müssten jeweils zuerst von den Mitgliedsstaaten absegnen werden.

Der «Brexite» wiederum würde die Verhandlungsposition der Schweiz wahrscheinlich zusätzlich schwächen. Die EU dürfte sich danach noch weniger konsensfreudig zeigen.